

10. / 1. 1918

Die Rede des Staatssekretärs.

Im Verlauf der gestrigen Reichstagsverhandlungen, die wir in der zweiten Beilage wiedergeben, nahm der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Unsere Beziehungen zu der Republik Peru haben sich überraschend zugespitzt. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist nur mehr eine Frage kurzer Zeit. Die peruanische Regierung hat in abrupter Form von uns verlangt, den Fall des vor wenigen Monaten wegen Beförderung von Konterbande gemäß den Regeln der Seekriegsführung und der Rettung aller Menschenleben verurteilten peruanischen Segelschiffes „*Orion*“ dem Preisengericht zu entziehen und sofortige Genugtuung und Schadenersatz zu gewähren. Das ist völkerrechtlich unzulässig. Im Krieg zwischen Peru und Chile hat Deutschland den Fall des deutschen Dampfers „*Bugor*“ ohne Widerspruch dem peruanischen Preisengericht unterbreitet. Ein Nachgeben Deutschlands gegenüber der peruanischen Forderung in ihrer ungewöhnlichen Form wäre vollkommen unzulässig, da es die Grundlagen unserer gesamten Preisengerichtsbarkeit untergraben würde. Wir haben die peruanische Note höflich und gemäßigt, aber unter klarer Hervorhebung unseres Rechtsstandpunktes beantwortet. Daraufhin hat die peruanische Regierung die in den dortigen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt. Die deutschen Interessen in Peru werden durch die spanische Regierung vertreten werden.

Die Republik Uruguay hat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu uns beschlossen. Der Präsident hebt in seiner Botschaft an den Kongress hervor, daß er zwar von Deutschland nicht unmittelbar beleidigt worden sei, daß es ihm aber notwendig erscheine, sich aus Gerechtigkeit und Sympathie mit den kleinen Völkern in Übereinstimmung zu setzen. (Heiterkeit.)

Die Frage der Schließung eines Kohlen- und Kreditabkommens mit Holland ist soweit gefördert worden, daß nur noch wenige Formalitäten nötig sind, um die endgültige Vollziehung zu ermöglichen. (Beifall.)

Unser Bemühen, einen Gedankenaustausch mit feindlichen Staatsmännern herbeizuführen, hat, wie ich mit Bedauern feststellen muß, seit Beantwortung der Papsnote auch nicht einen Schritt vorwärts gemacht. (Hört! Hört!) Ob unsere Gegner die Papsnote überhaupt noch beantwortet werden, ist im Augenblick noch nicht mit Sicherheit anzusehen. Das eine läßt sich aber schon jetzt sagen: was an Rundgebungen mehr oder weniger verantwortlicher feindlicher Staatsmänner vorliegt, was wir täglich in der feindlichen Presse lesen, eröffnet nicht gerade günstige Aussichten dafür, daß durch die Beantwortung der päpstlichen Note die hochherzige Anregung Selner Heiligkeit irgendwie gefördert werden würde (Hört! Hört!). Trozdem noch in den letzten Tagen mein verehrter politischer Freund Graf Czernin in Budapest in seiner großen Programmrede nicht nur aufs neue die Bereitwilligkeit der Mittelmächte zu einem ehrenvollen Frieden betont und in großartigster, weit über den Tag hinausreichender Weise auf die Grundlagen hingewiesen hat, auf denen ein neues Europa aufgebaut werden könnte, sind wir dem Frieden nicht näher gekommen.

In London hat jüngst der ehemalige Marineminister Churchill, der Führer der genialen Expedition nach Antwerpen (Heiterkeit), gesagt: England rechne mit dem inneren Zusammenbruch Deutschlands, die Wand, die Deutschland von dem endgültigen Zusammenbruch trenne, sei nur noch eng. Churchill sagte in dieser Rede auch, ein Staatsmann, der aus den Erfahrungen nicht lerne, sei nicht nur dumm, sondern ein Verbrecher. (Zustimmung.) Ich will nicht so hart urteilen. (Heiterkeit.) Immerhin sollte Churchill im Hinblick auf seine zweite geniale Expedition, die auf Konstantinopel zielte und auf Gallipoli unter den Bajonetten der Türken ein wenig rühmliches Ende fand, gelernt haben, daß selbst eine dünne Mauer Widerstand zu leisten vermag, wenn diese Mauer aus Männern besteht. (Sehr gut, Beifall.) Zwischen dem Rattenloch in der Nordsee, das auf englisch *Horns Reef* heißt, und dem Stingo ist eine recht dicke und unerschütterliche Mauer aufgerichtet. Wenn Churchill auf deren Zusammenbruch wartet, kann er sich in Geduld fassen. Die Rede Asquiths sollte eine Lehre für die sein, die aus der von Asquith im Parlament in Form einer Zwischenfrage vorgetragene Frage nach Deutschlands Absichten in Belgien hoffnungsvolle Schlüsse auf den Friedenswillen dieses Parlamentariers glauben ziehen zu können.

In seiner letzten Rede hat Asquith die französische Forderung nach der Rückgabe Elßaß-Lothringens als vollkommen gleichwertig

gestellt neben die Forderung einer Wiederherstellung Belgiens (Hört! Hört!) und damit die Dinge so hingestellt, wie sie sich nach eingehendem Studium der Gesamtfrage, nach Nachrichten aus den verschiedensten Quellen, aus den neutralen Ländern und aus dem Lager der Feinde mit überzeugender Deutlichkeit darstellen: die Frage, um die die Völker Europas kämpfen, ist nicht erster Linie die belgische Frage, es ist die Zukunft Elßaß-Lothringens. (Zustimmung.) England hat sich nach zuverlässigen Nachrichten Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, solange für die Rückgabe Elßaß-Lothringens einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. Deshalb scheint es angebracht zu sein, die Stellung Deutschlands zu dieser Lage ruhig, klar, aber auch fest zu umschreiben, da merkwürdigerweise nicht nur bei unsern Feinden, sondern manchmal sogar bei neutralen Freunden Zweifel an unserer Stellungnahme in dieser Grundfrage laut werden.

Auf die Frage: Kann Deutschland in Elßaß-Lothringen Frankreich irgendwelche Zugeständnisse machen? haben wir eine Antwort: Nein, nein, niemals! (Stürm. Beifallssturmbeugungen.) So lange eine deutsche Faust eine Klinge halten kann, kann die Unversehrtheit des Reiches, wie wir sie von unsern Vätern übernommen haben, nicht Gegenstand von Zugeständnissen sein. Elßaß-Lothringen ist Deutschlands Schild, das Symbol der deutschen Einheit! (Lebhafte Zustimmung.) Dafür, bin ich sicher, treten alle ein, von links bis rechts. (Beifall.)

Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß ein offenes Ausprechen einer solchen Tatsache dem Aufkommen eines aufrichtigen Friedenswillens in der Welt schädlich sein könnte. Ich glaube, daß ein solcher aufrichtiger Friedenswille nur auf dem Boden der vollkommensten Klarheit gedeihen und fruchtbar werden kann.

Deswegen halte ich es für notwendig, gegenüber den andern Dingen, die in neuerer Zeit in der Öffentlichkeit einen so breiten Raum eingenommen haben, mit aller Schärfe und Deutlichkeit dem Inlande und noch mehr dem Auslande gegenüber heute zu unterstreichen: Wofür wir kämpfen und kämpfen werden bis zum letzten Blutstropfen sind nicht phantastische Eroberungen, es ist die Unversehrtheit des Deutschen Reiches. (Beifall.)

In Frankreich haben Staatsmänner, als es ihnen geraten schien, die von Rußland ausgehende Formel „ohne Annexionen“ anzunehmen, den durchsichtigen Kunstgriff gebraucht, das, was in Wirklichkeit eine nackte gewalttätige Eroberung ist, mit dem Worte „Desannexion“ zu umkleiden. Der Kunstgriff ist zu plump, um einer Widerlegung wert zu sein. Man muß die Väter des Gedankens darauf aufmerksam machen, daß nirgends geschrieben steht, welcher Zustand der Weltgeschichte das „no warbotur“ mit sich bringen soll. Wenn wir Deutschen uns das Wort Desannexion zu eigen machen wollten, so fallen uns schöne Worte wie *Lou* und *Verdun* ein. Richtigstellung verlangt auch eine Ansicht, die in der Presse unserer Gegner immer wiederkehrt, daß die politische Haltung Deutschlands sich schärfer abzeichnen würde, sobald die militärischen Ergebnisse der großen Herbstschlachten abgeschlossen vorliegen. Es ist eine vollkommen irrtümliche Auffassung der deutschen Politik, zu glauben, daß wir je nach Ausfall einer Unternehmung teurer oder billiger, nachgiebiger oder hartnäckiger sind. Das ist vollkommen falsch. Die Grundzüge unseres Verhaltens sind von allen Faktoren nach sorgfältiger Beratung festgelegt.

Außer dem französischen Wunsch nach Elßaß-Lothringen gibt es kein absolutes Hindernis für den Frieden, keine Frage, die nicht durch Beratungen gelöst werden könnte, um bereitwillig sich die Anwendung so vielen Blutes und so ungeheurer Mittel vor den Völkern und der Geschichte rechtfertigen ließe.

Ein weiterer Grundfehler der Anschauungen unserer Gegner, der auch im Inlande manchmal hervortritt, ist, als ließe sich noch im heutigen Stadium des ungeheuren Kampfes durch öffentliche Erklärungen von der Rednertribüne die politische Lage um ein Wesentliches fördern. Den öffentlichen Erklärungen haftet naturgemäß der für einen derartigen Zweck schwere Mangel an, daß sie ihrer Natur nach verhältnismäßig einfach sein müssen. Gerade dadurch, daß alle schwebenden Fragen miteinander verknüpft sind, sich gegenseitig bedingen, ihnen Abhängigkeit verleiht, kann die öffentliche Erklärung den Anforderungen des Augenblickes nur in beschränktem Maße gerecht werden. Dann hat auch die öffentliche Erklärung, die Diskussion der Parlamente den Mangel, daß der verantwortliche feindliche Widerpart fehlt. Die öffentliche Erklärung bindet allein einseitig den, der sie abgibt, läßt aber dem Gegner vollkommene Bewegungsfreiheit. Wir dürfen einen wesent-

lichen Punkt nicht vergessen, welchen unsere Gegner mit großer taktischer Kunst verschleiern haben.

Sie haben noch nicht einmal ihre Friedensziele in einer Weise kundgegeben, die auch nur annähernd den bestehenden Tatsachen entspricht. (Sehr richtig!) Was sie der Welt mitgeteilt haben, ist ein vollkommen utopisches Maximal- und Eroberungsprogramm, das nur durchgeführt werden kann nach der vollständigen Niederringung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. Ihnen auf diesem Wege zu folgen, haben wir keine Veranlassung. (Sehr gut!) Die deutsche Regierung hat das bisher abgelehnt und wird es ablehnen. Unsere Politik ist real und nüchtern und rechnet mit den Tatsachen, wie sie sind. Stellen sich unsere Gegner so, als könnten sie über das, was die Reichsleitung, was das deutsche Volk will und beabsichtigt, keine Klarheit bekommen, so ist das Heuchelei. (Sehr richtig!) Unsere Antwort auf die Note des Heiligen Stuhles und die darüber im Parlament, wie ich heute wieder hervorheben möchte, in breiter Übereinstimmung mit ihm gegebene Erklärung, können jedem, der hören und verstehen will, über die wesentlichen Grundlagen des deutschen politischen Friedensprogramms keinen Zweifel lassen. (Sehr richtig!)

Die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie von der Zustimmung der breiten Menge des deutschen Volkes getragen ist (Lebhafte Zustimmung), wenn sie den Willen des Volkes in seiner wesentlichen Gesamtheit vertritt und verkörpert. (Beifall.) Um deswillen darf der zur Vertretung der auswärtigen Politik Berufene immer wieder ins Gedächtnis bringen, daß, so hoch die Bogen der inneren politischen Meinungsverschiedenheiten auch gehen mögen, jetzt in dieser ersten und schicksalsschweren Stunde jeder mitberufen ist, unserer auswärtigen Politik diejenige Mächtigkeit und Geschlossenheit zu verleihen, die sie braucht, um durch Ringen und Ausharren zu erreichen: Sieg und Frieden! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)